

PLENARREDE

REDE VON

THOMAS KUTSCHATY

**TOP 1 – Klima schützen,
Wohlstand und Beschäftigung
sichern - Mit der Versöhnung
von Ökologie und Ökonomie
stärken wir das Industrieland
Nordrhein-Westfalen**

20.02.2019 – Landtag NRW

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Präsident!
Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident!

Zu Ihrer heutigen Unterrichtung passt, glaube ich, sehr gut ein bekanntes altes chinesisches Sprichwort: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. Sie bauen keine Windmühlen und schon gar keine Windräder; Das wissen wir mittlerweile. Damit ist auch schon viel über die Zukunftsfähigkeit dieser Koalition gesagt; ich komme gleich noch darauf zurück, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, zu Beginn hier noch einmal deutlich die Position der Sozialdemokratie zu formulieren. Die Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ müssen eins zu eins umgesetzt werden. Das Verhandlungsergebnis ist – da stimme ich

Ihnen zu – ein historischer Erfolg. Es gibt jetzt einen gesellschaftlichen Konsens, der ganz breit getragen ist, über den Weg, wie Deutschland auf eine klimafreundliche Energieversorgung umsteigen kann. Bis spätestens 2038 werden wir uns aus der Kohleverstromung verabschieden. Schon bis 2022 werden Stein- und Braunkohlekraftwerke mit einer Kapazität von 7 GW stillgelegt. Die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen sollen Strukturhilfemaßnahmen bekommen. 40 Milliarden Euro sind im Raum. Das ist der Plan, das ist der Konsens, das gibt ökonomische, ökologische und soziale Sicherheit, und dem haben Vertreterinnen und Vertreter aus ganz unterschiedlichen Organisationen auch schon zugestimmt. Nordrhein-Westfalen und das Rheinische Revier können zur Modellregion für Fortschritt und Prosperität werden. Aber das alles verlangt, meine Damen und Herren, eine aktive und ehrgeizige Strukturpolitik von Bund und Land, eine enge Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, massive öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung und selbstverständlich auch in eine moderne Infrastruktur.

Jetzt habe ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, eine Dreiviertelstunde lang sehr intensiv zugehört. Ich weiß gar nicht, was mich heute eigentlich mehr stört: dass Sie 40 Minuten lang nur eine Geschichtserzählung gemacht haben, ohne neue wesentliche Dinge zu verkünden, oder dass Sie das Wenige, was Sie heute gesagt haben, schon gestern in Erkelenz verkündet haben. Wozu eine Unterrichtung, wenn es kaum einen berichtenswerten Punkt gibt und Sie das Wenige gestern schon gemacht haben? Eine solche Respektlosigkeit hat dieses Parlament selten zu erfahren bekommen, meine Damen und Herren.

Ich habe jetzt gehört, Sie kündigen eine neue Leitentscheidung an. Ich nehme auch sehr gefällig zur Kenntnis, dass Sie die Leitentscheidung von 2016 jetzt hier loben. Ich hatte noch ganz andere Wortbeiträge von Ihnen in Erinnerung, nämlich wie Sie die Leitentscheidung 2016 damals massiv kritisiert haben. Besser eine späte Einsicht als gar keine Einsicht, Herr Ministerpräsident.

Aber die Ankündigung einer Leitentscheidung, Herr Laschet, ersetzt eben noch keine neue Leitentscheidung. Die Menschen in diesem Land wollen endlich wissen, was Sie konkret vorhaben. Ich frage auch: Was haben Sie in den letzten Wochen und Monaten tatsächlich getan? Sie haben hier jetzt Wünsche geäußert, dass der Hambacher Forst erhalten bleiben soll. Wenn das Ihr Wunsch ist, dann sagen Sie hier doch klipp und klar: Sie machen eine Leitentscheidung, in der das festgeschrieben wird. Schreiben Sie es nicht wieder RWE zu. Das können Sie in einer Leitentscheidung regeln. Sagen Sie es in dem Bereich hier doch ganz deutlich.

Was ist mit den Menschen in den Ortschaften, die jetzt nicht mehr wissen, ob umgesiedelt wird oder nicht? Man kann Gespräche führen – das ist gut und wichtig –, aber die Menschen wollen eine klare Perspektive. Das sagte selbst der CDU-Bürgermeister von Erkelenz gestern sehr deutlich. Wir können dieses Herumeiern nicht länger abwarten. Die Menschen brauchen Klarheit und klare Aussagen von Ihnen, Herr Ministerpräsident. Mir ist ein Satz aufgefallen, Herr Ministerpräsident, den ich mir gleich aufgeschrieben habe. Sie haben gesagt: Energiepolitik ist Bundespolitik. – Das mag formal vielleicht sogar im Grundgesetz so stehen. Aber was Sie hier machen, ist doch ganz billig und einfach: Sie spielen den Ball nach Berlin und sagen, Berlin und RWE sollten verhandeln und dann alles unter sich ausmachen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten, dass der Ministerpräsident dieses Landes das nicht in Berlin entscheiden lässt, sondern es hier zur Chefsache macht. Das erwarten die Menschen in Nordrhein-Westfalen. So etwas hätte es von Ihrer Amtsvorgängerin und von allen anderen männlichen Vorgängern in Ihrem Amt nicht gegeben. Das ist eine Selbstverzweigung ohnegleichen.

Wir ahnen ja schon, warum Sie den Ball gerne zum RWE und nach Berlin spielen, nämlich weil Sie selbst keine konkreten Pläne für einen erfolgreichen Strukturwandel im Rheinischen Revier und im nördlichen Ruhrgebiet haben. Ich habe 45 Minuten lang intensiv zugehört. Ich habe kein einziges Projekt für einen Strukturwandel in Ihrer heutigen Rede gehört. Nichts ist dazu vorgetragen worden.

Sie haben auch nicht gesagt, wie Sie zukünftig sicherstellen wollen, dass wir in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland eine sichere Stromversorgung haben. Wie soll die klimafreundliche Energieversorgung bis zum Jahr 2030, bis zum Jahr 2038 stattfinden? Auch dazu haben Sie heute überhaupt nichts gesagt, Herr Laschet. Dabei hat die Regierung beste Voraussetzungen. Mit den Empfehlungen der Kommission ist die Ausgangslage gut. Ich möchte Ihnen in vier Punkten sagen, was jetzt zu tun ist.

Erstens. Die Beschlüsse der Strukturwandelkommission müssen in verbindliches Recht gegossen werden. Dazu reicht es nicht, dass die Landesregierung Prozesse im Bund begleitet, so wie im Antrag der CDU formuliert ist. Man muss nicht begleiten, wie CDU und FDP das in ihrem Entschließungsantrag beschreiben. Die Landesregierung hat nichts zu begleiten, sie hat zu regieren. Fangen Sie endlich damit an, Herr Laschet!

Sie haben Einfluss zu nehmen und Entscheidungen zu treffen. Die Interessen Nordrhein-Westfalens müssen die Verhandlungsgrundlage sein, nicht der Aufschlag der Bundesregierung, meine Damen und Herren.

Zweitens. Die Strukturhilfen müssen dort hinfließen, wo die Kraftwerke geschlossen werden, in das Rheinische Revier und – ich sage es, da unterscheiden wir uns deutlich – aber doch, Herr Laschet – eben auch in das Ruhrgebiet und nicht nur in das Rheinische Revier.

Insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet gibt es ganz viele Steinkohlekraftwerke. Sie haben es nicht geschafft, auch nur ein einziges Ruhrgebietsprojekt für die Strukturhilfen des Bundes anzumelden, kein einziges. Das ist fahrlässig, Herr Laschet. Das dürfen Sie nicht zulassen.

Die Vernachlässigung des Ruhrgebiets durch Ihre Landesregierung nimmt mittlerweile schon pathologische Züge an. Ich sage Ihnen auch, Herr Laschet: Wenn Sie das jetzt vermässeln, dann wird Ihre Ruhrgebietskonferenz als das in Erinnerung bleiben, was sie im Kern schon immer war: ein Rahmenprogramm für die Betriebsausflüge der Ministerialbürokratie, aber keine Hilfe für die Menschen in diesem Lande.

Die Stilllegung von Kraftwerken auch im Ruhrgebiet birgt Risiken – natürlich für die Beschäftigten, für die Energieversorgung vor Ort-, aber auch enorme Chancen, die dort genutzt werden können. Kraftwerksstandorte machen im Ruhrgebiet eine Fläche von rund 600 ha aus. Der Landrat aus Unna hat mal vorgerechnet, was das eigentlich kosten würde, einen Kraftwerksstandort zurückzubauen. Er kalkuliert mit 60 Millionen € pro Standort. Ich halte das für eine realistische Zahl. Wenn wir die Flächen hochrechnen, 600 ha, die man wieder zurückgewinnen könnte, dann entspricht das genau dem Flächenbedarf im Ruhrgebiet, den die Wirtschaftsförderung des RVR für neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen errechnet hat – und das bei bestehendem Planungsrecht. Es müsste noch nicht einmal der Regionalplan geändert werden.

Uns allen ist klar: Die Kommunen selbst können keine Kraftwerke zurückbauen. Deswegen darf eins nicht passieren: Wir dürfen keine Kraftwerksruinen, egal ob im Rheinischen Revier oder im Ruhrgebiet,

stehen haben. Denn das Schlimmste, was passieren könnte, ist: Der Betreiber steigt aus, macht einen Bauzaun rum, lässt das verfallen, und die Parkplatzflächen werden an einen Discounter verkauft, der dann einen Supermarkt errichtet. Das ist kein Strukturwandel. Da brauchen wir die Hilfe des Landes, um so etwas zu bewerkstelligen, meine Damen und Herren.

Drittens. Wir erwarten, dass die Landesregierung eines sicherstellt: Die Entschädigungszahlungen für das RWE, für die anderen Kraftwerksbetreiber in Nordrhein-Westfalen dürfen nicht auf den Kapitalmarkt fließen oder für Firmenzukäufe im Ausland zweckentfremdet werden. Es sollen damit keine Beteiligungen von Abfallentsorgungsfirmen in Rumänien erworben werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese Zahlungen nur in der Region investiert werden. Darauf müssen Sie bestehen, Herr Laschet. Das erwarten wir von Ihnen.

Viertens. Nordrhein-Westfalen braucht jetzt eine industriepolitische Strategie, klare Prioritäten für Innovation, klare Prioritäten für Fördermaßnahmen. Sie haben, Herr Ministerpräsident, immer von der neuen Produktion von Batteriezellen, eine neue Zukunftsindustrie, gesprochen. Da stimmen wir Ihnen zu. Es ist ganz wichtig, das zu fördern. Es gibt noch weitere zukunftsfähige Bereiche: virtuelle Kraftwerke, Energiespeicher, sogenannte Power-to-X-Technologien und nicht zuletzt die zirkuläre Wertschöpfung, die aus Reststoffen eben nicht Abfall, sondern wieder neue Rohstoffe macht. Andere Bundesländer sind da schon viel weiter. Da hat man die Hausaufgaben gemacht. Machen Sie das bitte auch!

Und hören Sie auf, Herr Laschet, im Rheinischen Revier mit einem bislang ungedeckten Scheck in Höhe von 15 Milliarden € zu wedeln, während Sie gleichzeitig im Ruhrgebiet unsortiert Ideen sammeln und an einer Pinnwand befestigen. Es ist Aufgabe des Ministerpräsidenten, das Land zusammenzuhalten. Sie dürfen nicht zulassen, dass Regionen gegeneinander ausgespielt werden, meine Damen und Herren. Dass der Bedarf an Planung, Beratung und Entscheidungen in der Landesregierung Laschet viel größer ist, als er sein müsste, das hat auch parteipolitische Gründe. Ich ahne, warum heute die eine oder andere Klarheit in Ihrer Aussage fehlt, Herr Laschet. Die Koalitionsparteien stehen nicht geschlossen zum Kohlekompromiss, nicht zum Zeitplan, nicht zum Finanzplan und schon gar nicht zu der Rolle des Staates, der den Strukturwandel steuern und gestalten muss, damit er auch tatsächlich ein Erfolg werden kann.

Ralph Brinkhaus, Fraktionsvorsitzender der CDU – nicht mit Ihrem Willen geworden, Herr Laschet, aber immerhin, er ist Fraktionsvorsitzender –, hat den Ausstiegskorridor 2035 bis 2038 schon wieder öffentlich infrage gestellt. Carsten Linnemann, Chef der CDU-Mittelstandsvereinigung, spricht von einer Überforderung der Steuerzahler bei diesem Kompromiss. Der CDU-Haushaltspolitiker Andreas Mattfeldt sagte, er werde diesem Konzept auf keinen Fall zustimmen. Herr Laschet, Verrat gibt es per Definition nur unter Freunden, nicht unter Gegnern. Passen Sie auf Ihre Parteikollegen auf!

Die FDP lehnt ja nicht nur die Empfehlungen ab, die die Kommission erarbeitet hat. Wenn man manchen FDP-Politiker hört, hat man den Eindruck, die Idee der Kommission war schon grundlegend falsch gewesen. FDP-Chef Lindner schmähte die mühsame Konsenssuche als „deutsche Planwirtschaft“, und Herr Kollege Brockes säuselte dem WDR in die Mikrofone, teure Planwirtschaft sei das alles hier. Ich glaube, Ihnen war doch schon am Anfang der Gedanke zuwider, dass es einen gesellschaftlichen Konsens über eine vorzeitige Beendigung der Kohlestromversorgung geben soll. Das widerspricht nämlich der Marktentfesselungspolitik, die Sie machen wollen. Man kann daran auch anders herangehen. Herr Lindner hat einen Vorschlag gemacht: Er will Klimapolitik allein über den CO2-Preis

machen; denn je höher der Emissionspreis, desto unrentabler seien die Braunkohlekraftwerke, und der Rest werde vom Markt alleine geregelt. - Das ist FDP-Politik.

Der Markt würde dafür sorgen, dass die unrentablen Kraftwerke schließen müssten, aber auch dafür, dass mit den Wertschöpfungsketten auch die Arbeitsplätze verschwinden würden. Der Markt würde allerdings nicht dafür sorgen, dass anschließend etwas Neues folgt. Deswegen ist der Weg der Marktentfesselung insbesondere bei dieser Frage ein Irrweg. Wir wollen, dass das Rheinische Revier nicht zum rheinischen Detroit wird. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Ich habe beruhigt zur Kenntnis genommen, dass die Haltung der FDP-Bundesspitze zumindest nicht der Haltung der Landesregierung entspricht. Allerdings besteht die Gefahr, dass dieses aggressive Hintergrundrauschen aus Berlin die Landesregierung dazu verleitet, falsch Rücksicht zu nehmen. Menschen im Rheinischen Revier und im nördlichen Ruhrgebiet brauchen eine ehrgeizige Strukturpolitik eines gestaltungswilligen Staates.

Ich erlaube mir an dieser Stelle einen kurzen Schwenk, nämlich eine Anmerkung zur Diskussions- und Protestkultur im Bereich der Klimapolitik. Der nächste Freitag ist wieder ein „Friday for Future“. Tausende Schülerinnen und Schüler werden dem Unterricht fernbleiben, um radikale Schritte gegen den Klimawandel einzufordern. Die Landesregierung verurteilt die Proteste der Schülerinnen und Schüler. Sie droht ihnen mit Sanktionen, weil die Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht verletzen.

Herr Laschet, Frau Gebauer, ich halte diese Reaktion für falsch. Das muss ich Ihnen deutlich sagen. Dass die Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht verletzen, mag zwar formal richtig sein, aber das Argument geht doch völlig an den Motiven der Schülerinnen und Schüler vorbei. Es geht doch hier nicht ums Blaumachen oder Schwänzen. Unsere Kinder haben ein sehr ernstes Anliegen: Sie wollen eine Zukunft in einer lebenswerten Umwelt. – Das verdient unsere Anerkennung und nicht unsere Geringschätzung. – Herr Brockes, hören Sie mir mal zu. Wir wollen doch, dass unsere Schulen unsere Kinder zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erziehen. Jetzt nehmen sie ihr Recht auf Mündigkeit wahr, und die Regierung droht mit der Polizei. Das kann doch nicht ernst gemeint sein, meine Damen und Herren!

Unsere Schülerinnen und Schüler sind nicht Ihre politischen Gegner. Drohen Sie ihnen nicht, schenken Sie ihnen Ihr Vertrauen. Schenken Sie ihnen zumindest Ihr Ohr und stellen Sie sich den Protesten! Wir haben das getan. Hören Sie sich doch mal genau an, was die Schülerinnen und Schüler Ihnen zu sagen haben. Meine Kollegin Sarah Philipp hat sich im Namen unserer Fraktion diesen Protesten und Diskussionen gestellt. Da gab es nicht nur schöne Worte; übrigens auch für die anderen Parteien, für CDU und FDP nicht. Ich sage Ihnen das, weil Sie nicht dabei waren. Vielleicht sollten Sie den Jugendlichen mal zuhören. Das haben Sie doch immer versprochen, Herr Laschet. Aber Sie tun das nicht, Sie hören weg. So darf man nicht mit der Jugend umgehen.

Ich erinnere mich sogar noch an Ihre Neujahrsansprache, Herr Laschet. Ich bin derjenige, der sie sich angeschaut hat. Da haben Sie die Bewegung in Großbritannien angesprochen. Sie sagten, es sei gut, dass junge Menschen in Großbritannien auf die Straße gingen, um für ihr Anliegen – in der EU und gegen den Brexit zu sein – zu demonstrieren. Sie haben diesen jungen Menschen in Großbritannien großen Respekt dafür entgegengebracht, dass sie demonstrieren. Warum machen Sie das hier nicht? Hier bringt die Landesregierung den jungen Menschen nur Missbilligung entgegen. Das ist nicht richtig!

Zurück zur Energiepolitik: Wir werden unsere Klimaziele nur dann erreichen, wenn das Land Nordrhein Westfalen auch massiv in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert. Gerade ist schon gesagt worden, wie groß der Anteil an fossilen Energieträgern noch ist. Nordrhein-Westfalen liegt sogar noch über dem Bundesdurchschnitt; rund zwei Drittel der Stromproduktion in Nordrhein-Westfalen erfolgt durch Stein- und Braunkohlekraftwerke. Wir müssen deutlich festhalten: Ohne Windenergie wird es in Zukunft nicht gehen. Die Windenergie ist das Arbeitspferd der Energiewende.

Aus ihren ideologischen Gründen heraus hat die schwarz-gelbe Landesregierung der Windenergie den Kampf angekündigt und zu den Waffen gerufen, und zwar zu den Waffen der Erlasse und Verbote. Zum letzten Landtagswahlkampf blühte die FDP regelrecht auf, als sie über die Energiewende schimpfen und gegen Windräder polemisieren konnte. Dementsprechend schrieb damals sogar „DER SPIEGEL“ als Bewertung – das ist jetzt also kein Zitat von mir –, dass FDP-Chef Linder über Windräder rede wie die AfD über Flüchtlinge. Sie haben versucht, den Kommunen einzureden, sie müssten bei der Genehmigung von Windkraftanlagen einen Mindestabstand von 1.500 m einhalten. Dazu haben Sie Erlasse erteilt. Das alles war zwar formal nicht korrekt – so viel zum Thema „Korrektheit“, Herr Kollege Brockes; Sie machen Regeln, die rechtlich nicht haltbar sind –, reichte aber, um Verunsicherung bei Genehmigungsbehörden und Investoren zu stiften. So war das ganz offensichtlich auch gedacht. Jetzt haben Sie festgestellt, dass Ihr Erlass rechtlich nicht funktioniert, und machen eine Bundesratsinitiative gegen Windkraftanlagen: Sie wollen einen Mindestabstand von 1.500 m ins Bundesgesetzblatt bringen.

Herr Laschet, Ihr Kampf gegen die Windenergie ist nicht nur ein umweltpolitischer Fehler, er ist auch eine industriepolitische Torheit ohnegleichen. Sie sabotieren die Ziele der Energiewende und verhindern Investitionen in Milliardenhöhe. Windkraftanlagen werden nicht aus Stroh und Holz gebaut, sie werden aus Stahl, Eisen und Kunststoffen der chemischen Industrie hergestellt. Wenn Sie also die Windkraftanlagenproduktion drosseln, dann schwächen Sie damit einen modernen Industriezweig mit mittlerweile 20.000 Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Industriebetriebe wie der Maschinenbauer Vulkan in Herne und der Stahlrohrhersteller Erndtebrücker Eisenwerk sind Beispiele für industrielle Wertschöpfung, die durch den Bau von Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen ermöglicht wird. Machen Sie diese Betriebe, machen Sie diese Branche nicht kaputt, Herr Laschet. Wir brauchen wir auch in Zukunft, damit wir auch bei erneuerbaren Energien Weltmarktführer werden können. Das ist wichtig. Gut zwei Drittel der Stromversorgung in Nordrhein-Westfalen kommen im Augenblick aus Kohlekraftwerken; in zehn Jahren müssen zwei Drittel der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien kommen. Wie soll das in einem so kurzen Zeitraum gelingen? Das ist eine große Herausforderung. Es kann aber nicht gelingen, wenn man der Windkraft den ideologischen Krieg erklärt.

Sie haben keine Antworten auf diese Frage. Auch heute habe ich in Ihrer Unterrichtung nichts dazu gehört, wie Sie sicherstellen wollen, dass erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen zukünftig stärker und besser gefördert werden, damit wir auch die Energiesicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie gewährleisten können. -Fehlansage. Hier haben Sie heute geschwiegen, Herr Laschet. Schade drum!

Deutschland und Nordrhein Westfalen müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass aus dem Klimawandel keine Klimakatastrophe wird. Das schließt selbstverständlich auch eine drastische Senkung der CO₂ Emissionen mit ein. Aber unser Beitrag zur Verhinderung einer Klimakatastrophe kann größer und bedeutsamer sein – er muss auch größer und bedeutsamer sein –, als lediglich eine reine Reduzierung der CO₂-Emissionen. Der Beitrag, den wir in Nordrhein-Westfalen leisten sollten, muss größer sein. Man

kann ihn nicht in Tonnen CO₂ messen. Denn wir werden beweisen müssen, dass ein Industrieland die Energiewende schafft und trotzdem Industrieland bleibt.

Die ganze Welt schaut auf uns und unsere Energiepolitik. Es gibt nicht wenige Regierungen anderer Staaten – ich denke an Amerika und Russland –, die sich nichts mehr wünschen würden, als dass wir scheitern. Aber wenn wir nicht scheitern, wenn wir die Energiewende schaffen und Nordrhein-Westfalen ein Standort für moderne Industrieproduktion bleibt, dann können wir ein Vorbild für ganz andere Länder auf dieser Welt sein. Unser Land kann zu einer Modellregion mit weltweiter Strahlkraft werden: Fortschritt und Prosperität durch Industrie und Umweltschutz, entwickelt und verwirklicht in Nordrhein-Westfalen. Auch dazu fehlten mir heute Ihre Visionen, Herr Ministerpräsident.

Dazu, wie das gelingen soll, haben Sie nichts geliefert. Wenn es gelingt – worauf wir alle setzen und wofür wir viel tun müssen –, dann ist das nicht zuletzt auch der Arbeit all jener Menschen zu verdanken, die oft als Gegner des Fortschritts hingestellt wurden.

Auch ich wende mich an die Beschäftigten in unseren Kohlerevieren. Sie haben die Wirtschaftskraft erarbeitet, die es uns heute ermöglicht, eine neue, umweltfreundliche Energieversorgung zu schaffen. Ohne das Kapital, das in den Kohlerevieren von den Kumpel erarbeitet wurde – und auch heute und in den nächsten Jahren im Rheinischen Revier erarbeitet wird –, wäre eine ökologische Industrie nicht unsere Zukunft, sondern nur eine wertlose Utopie. Bis wir unser Ziel erreicht haben, sorgen die Beschäftigten im Rheinischen Revier für den Geleitschutz, den wir brauchen, um Nordrhein-Westfalen in Zukunft zu einem klimafreundlichen Land der Energieversorgung zu machen. Das verdient unseren Respekt, das verdient unsere Anerkennung und unseren Dank.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit